

gegen Terrorgefahr



Für den Transport der Cobra-Mannschaften: einer der neun Black-Hawk-Hubschrauber des Heeres

J. JANSCHITZ

13 Jahren um 221 Millionen Euro angeschafften Black-Hawk-Hubschrauber des Bundesheeres zurückgreifen dürften. Diese könnten rasch mit verstärkten Bodenplatten und gepanzerten Sitzen zumindest gegen Geschosse von bis zu 7,62 Millimetern (Kalaschnikow) sicherer gemacht werden. Wirklich beschusssichere Hubschrauber gebe es nicht, heißt es beim Bundesheer, das auch mit seinen 400 gepanzerten Fahrzeugen aushelfen will. Bisher hat die Cobra nur einen einzigen Radpanzer, der am Flughafen Wien-Schwechat stationiert ist.

Investitionen gegen den Terror sind laut Innenministerium auch in Videosysteme, die Observationstechnik, in die IT-Beweissicherung und Computer-Schutzmaßnahmen nötig. Zusätzlich gebe es personellen Bedarf von Spezialisten für die Analyse, Kriminaltechnik oder die Forensik.

Kein Ort zum Scherzen

Drohung am Flughafen hat Konsequenzen.

ROM, GRAZ. Bis zu einem halben Jahr Haft in einem italienischen Gefängnis droht jenem slowenischen Passagier, der Mittwochabend aus einer Verwirrung oder „komischen“ Laune heraus am Flughafen Rom-Fiumicino einen Bombenalarm an Bord einer Maschine der Fluglinie Niki ausgelöst hat. Eine saftige Strafandrohung für einen „Scherz“, der auch in Österreich nach hinten losgehen würde. Es sei zwar schwer, exakt zu definieren, was man auf Flughäfen sagen darf oder nicht, „aber bei Drohungen verstehen Juristen keinen Spaß“, betont Helmut Krischan, Vize-

präsident des Landesgerichts für Strafsachen in Graz. „In der Öffentlichkeit – sei es eben auf Flughäfen oder in der Grazer Herrengasse – sollte man bei der Wortwahl und auch die Gesten betreffend besonnener agieren als im Freundeskreis oder auf einer Faschingsveranstaltung. Viele Österreicher drohen zu leichtfertig und wundern sich dann, wenn es zu einem Strafverfahren kommt.“

Auf Österreichs Flughäfen sind Drohungen indes kein Thema. „Ich kenne keinen Fall in den letzten Jahren“, berichtet Gerhard Widmann, Geschäftsführer des Flughafens Graz.

AKTUELL

Weiterhin im Einsatz

WIEN/DONEZK. Angesichts der verschärften Lage in dem ukrainischen Bürgerkriegsgebiet haben einzelne Länder ihre Beobachter abgezogen. Die sieben Bundesheersoldaten, die derzeit OSZE-Militärbeobachter in der Ukraine ausbilden, bleiben aber auf ihrem Posten.

Abhängige E-Control

WIEN. Die Regulierungskommission E-Control ist laut Verwaltungsgerichtshof zu wenig unabhängig. Weil in deren fünfköpfigem Gremium eine Energieexpertin der Arbeiterkammer sitzt, sei die von der EU geforderte Unabhängigkeit der E-Control nicht gewährleistet, weil die Arbeiterkammer gegen Entscheidungen der E-Control Rechtsmittel einlegen kann.

Grüne Steuerreform

WIEN. 90 Prozent sollen auf Kosten der höchsten zehn Prozent der Einkommen entlastet werden, fordern die Grünen. Sie wollen vier Milliarden Entlastung und diese auch mit einer Erbschafts- und Schenkungssteuer (ab 500.000 Euro) finanzieren. Der Eingangssteuersatz soll ab 12.000 auf 30 (Regierung: 25) Prozent gesenkt werden.

IV gegen Erbschaftssteuer

WIEN. Die Industriellenvereinigung warnt vor einer neuen Erbschaftssteuer. Deren Umlageung auch auf Stiftungen sei geradezu „gefährlich“, Stiftungen wanderten bereits in die Schweiz ab. Die Umverteilung habe ihre Grenzen erreicht, sagt die Industrie.

Erweitertes Rauchverbot?

WIEN. Die Liga für Kinder- und Jugendgesundheit will Rauchverbote für alle geschlossenen Räume. Vor allem junge Menschen seien etwa im Auto oder Wohnzimmer ungeschützt, weil sie keine Wahlfreiheit hätten, wo sie sitzen. Deshalb solle das geplante Rauchverbot in der Gastronomie noch deutlich umfassender sein.